

## Rede von Karel Smolle hinsichtlich der österreichischen Außenpolitik in Bezug auf Europa (4. Juli 1990)

**Legende:** Während der Debatten im Nationalrat kritisiert Karel Smolle, Mitglied der österreichischen Partei Grüne Alternative am 4. Juli 1990 die Europapolitik der Regierung, der er vorwirft, sich ausschließlich auf den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften zu konzentrieren.

**Quelle:** Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XVII.; 151. Sitzung. 04.07.1990. Wien.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_karel\\_smolle\\_hinsichtlich\\_der\\_osterreichischen\\_außenpolitik\\_in\\_bezug\\_auf\\_europa\\_4\\_juli\\_1990-de-2593b40d-fd82-4b1d-aeb2-7a9f40aacb8b.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_karel_smolle_hinsichtlich_der_osterreichischen_außenpolitik_in_bezug_auf_europa_4_juli_1990-de-2593b40d-fd82-4b1d-aeb2-7a9f40aacb8b.html)

**Publication date:** 06/09/2012

## Rede von Karel Smolle hinsichtlich der österreichischen Außenpolitik in Bezug auf Europa (4. Juli 1990)

[...]

Meine Damen und Herren! Die österreichische Außenpolitik ist ganz einfach von einem Satz geprägt: Österreich muß in die EG, und alles andere wird in den Schatten gestellt! Wir ändern unsere offizielle Außenpolitik nicht, auch wenn wir sehen, daß im Osten und Südosten Entwicklungen an den Tag treten, die es zwingend notwendig machen, unsere Position in Mitteleuropa neu zu definieren, neu zu überdenken und zu stärken. Wir ändern unsere Außenpolitik nicht, obwohl wir genau wissen, daß wir ganz spezielle Aufgaben mit der Neutralität übernommen haben und sich diese Neutralität gerade angesichts der Entwicklung rund um unser Land als ganz neues wichtiges internationales Instrument, aber auch als eine Tatsache des Selbstverständnisses erweist.

Meine Damen und Herren! Wir setzen einfach alles auf die Karte EG, ohne Rücksicht auf unsere Nachbarn, ohne Rücksicht auf eine vernünftige Nachbarschaftspolitik und auch ohne Rücksicht darauf, daß wir auch Verantwortung für die Dritte Welt tragen.

Ich habe in meiner Rede am 30. November klar erklärt, daß für Österreich Neutralität kein Kostüm ist, nicht etwas, was wir sozusagen an Sonntagen anziehen sollen, sondern etwas ist, was wir täglich leben sollen. Und, Herr Außenminister, gerade angesichts der Entwicklung im Westen, angesichts der Einigung Deutschlands müßten wir die Konturen unserer Neutralität neu und klarer definieren und nicht einfach nach wie vor die Karte nur auf die EG setzen.

Die Entwicklung im Osten hat sowohl die EG überrascht, hat aber auch unseren Außenminister, hat auch unsere Außenpolitik überrascht, meine Damen und Herren. Nur, wie ich das schon einmal gesagt habe, mir dauert dieser Überraschungsmoment etwas zu lange.

Wir haben uns im Neutralitätsgesetz, zu dem wir uns entschlossen haben aufgrund des Moskauer Memorandums, klar verpflichtet, eine neutrale Politik zu betreiben, eine neutrale Außenpolitik, eine ausgewogene Politik, die das Kräfteverhältnis in Europa berücksichtigt, und wir sollten diese einseitige Veränderung des Kräfteverhältnisses nicht so leichtfertig eingehen.

Selbstverständlich wollen wir unsere Neutralitätspolitik autonom und souverän gestalten. Aber gerade weil wir unsere Neutralität auch unseren Nachbarn zur Kenntnis gebracht haben, ergeben sich daraus auch völkerrechtliche Verpflichtungen, meine Damen und Herren. Neutralität ist eben wesentlich abhängig von der Glaubwürdigkeit, mit der wir sie vertreten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren und sehr geehrter Herr Außenminister: Wie wollen wir denn unseren Nachbarn einen Beitritt zur EG erklären angesichts der EG-Verträge, die wir voll übernehmen müssen, angesichts des Artikels 225, aus dem sich klar ergibt, daß die Europäer, die EG unsere Neutralität interpretieren werden, und zwar im Wege des Europäischen Gerichtshofes? Und Sie wissen, daß bei der EG Gemeinschaftsrecht vor dem Recht des Einzelstaates geht. Wie wollen Sie, meine Damen und Herren, dann wirklich neutrale und glaubwürdige Neutralitätspolitik betreiben?

Auch Demokratiekritik ist nach wie vor am Platz, meine Damen und Herren. Im Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung heißt es: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. Meine Damen und Herren, Sie wissen, das wird in der EG wesentlich anders gehandhabt. Das Europäische Parlament hat nach wie vor fast keine Kompetenzen. Wir wissen — und ich möchte da gleich auch Delors zitieren —, in zehn Jahren wird die EG 80 Prozent der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmen. Das ist Demokratieverständnis à la EG, und das sollten wir uns doch überlegen.

Ich möchte aber noch eine markante Erklärung des EG-Außenministers Willy De Clercq hier zur Kenntnis bringen, der sagt: Ich glaube, daß eine gemeinsame Verteidigung letztlich genauso zum Bild einer europäischen Einigung gehört wie die wirtschaftliche, soziale und politische Integration.

Auch das ist ein klarer Hinweis, daß die EG eben nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, sondern bewußt auch eine Sicherheits- und letztlich eine militärische Gemeinschaft sein will. Hier sollten wir uns an Schweden und an der Schweiz ein Beispiel nehmen.

Meine Damen und Herren! Auch die Bestimmungen des Staatsvertrages kommen im Rahmen unserer Außenpolitik zu kurz. Der Artikel 4 legt ganz klar das Anschlußverbot fest. Gerade jetzt — das hat mir auch mein Moskaubesuch gezeigt — erwartet man von uns eine Neutralitätspolitik mit Konturen, eine Neutralitätsdefinition, die wegen der Entwicklungen im Westen jetzt fällig ist, die klarstellt, daß Österreich nicht einseitig das europäische Gleichgewicht gefährden wird.

In bezug auf die Wirtschaft wissen wir, daß die Randgebiete immer ärmer werden, daß die Gebiete, die Ballungszentren sind, noch mehr belastet werden. Das ist das, was uns erwartet.

Meine Damen und Herren! Es heißt immer wieder: Österreich muß am Binnenmarkt teilnehmen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dazu doch einige Dinge zur Erinnerung. Wenn wir uns ansehen, daß in der EG zum Beispiel jährlich eine Viertelmillion Bauernhöfe sterben, wenn wir uns ansehen, daß die Subventionen im Bereich der Landwirtschaft bereits das Gesamteinkommen der Bauern übersteigen, so müssen wir uns doch fragen, ob diese einseitig orientierte Politik richtig ist.

Das Sozialprodukt in Österreich liegt um 6 Prozent über dem durchschnittlichen EG-Niveau. Die Arbeitslosenrate liegt im EG-Bereich wesentlich höher gegenüber den 5 Prozent in Österreich. Wir wissen, daß das österreichische Budget mit zumindest 25 Milliarden belastet werden wird, sollten wir beitreten. Klein- und Mittelbetriebe werden wegrationalisiert. Österreichische Umweltnormen werden hinfällig. Bilaterale Verträge mit den Nachbarstaaten werden hinfällig, meine Damen und Herren, und da frage ich sehr geehrter Herr Außenminister: Wie wollen Sie Nachbarschaftspolitik betreiben, wenn wir wissen, daß hunderte Verträge, die wir mit unseren Nachbarländern abgeschlossen haben, über Nacht ungültig sein werden? Wo sind da Ihre Vorkehrungen? Wo sind Ihre Überlegungen bezüglich Ihrer Außenpolitik, meine Damen und Herren?

Nach wie vor hat die EG kein Konzept im Bereich des Transitverkehrs, kein Verkehrskonzept! Nach wie vor besteht die Priorität der Straße gegenüber der Bahn, Herr Bundesminister. Wo bleibt da die Außenpolitik, liebe Bundesregierung, wo bleibt da die klare Verkehrspolitik?

Es ist selbstverständlich, daß wir Rücksicht nehmen müssen auf das Gesamteuropa, auch ich bekenne mich dazu, auch die grüne Fraktion bekennt sich dazu. Das muß aber ein Europa sein, das die östlichen und südöstlichen Staaten mit einschließt, das die neutralen und blockfreien Staaten mit einschließt, das wirklich ein gesamteuropäisches Haus ist und nicht nur die Festung einiger weniger, die dem Rest diktieren, meine Damen und Herren. Herr Außenminister! Hier wäre eine Gegensteuerung fällig.